

für die Initiative «Jugend + Musik» ausgesprochen. Im Gespräch äussert sie sich zu ihrer Position, zu den Argumenten der Gegenseite und zum möglichen Ausgang der Behandlung im Parlament.

Frau Ständerätin, die Musikinitiative hat bei der Beratung im Ständerat eine massive Abfuhr erlitten. Bei der Vernehmlassung hatten sich zudem alle Kantone ablehnend ausgesprochen. Was hat Sie bewegt, die Initiative zu befürworten?

Ich finde den Inhalt der Initiative gut und richtig. Die Musik muss einen hohen Stellenwert haben. Es ist dasselbe wie beim Sport, nur mit dem Kopf allein lernt man nicht gut. Es geht besser, wenn Körper und Seele miteinbezogen werden.

Es wurde in der Diskussion im Ständerat immer wieder die Unvereinbarkeit der Vorlage mit der Bildungsverfassung, insbesondere der Bildungshoheit der Kantone angeführt. Ist dies aus Ihrer Sicht wirklich ein so grosses Problem? Wurde die Initiative einfach – wie

von Ständerat Bieri angedeutet – fehlerhaft konzipiert?

Der Einwand betrifft hauptsächlich den Musikunterricht an den Schulen. Seit 2006 haben wir eine Bildungsverfassung, welche auch die Schulhoheit der Kantone regelt. Die Kantone und eine Mehrheit des Ständerates sagen nun, die Musikinitiative und die Bildungsverfassung schliessen sich gegenseitig aus. Wir haben es hier mit einer verfassungsrechtlichen Diskussion zu tun, in der auch unter Experten unterschiedliche Meinungen bestehen. So kam der Verfassungsrechtler Rainer J. Schweizer in einem Gutachten zum Schluss, dass die Initiative zur Bildungsverfassung nicht im Widerspruch steht. Wenn es nun zwei widersprüchliche verfassungsrechtliche Auslegungen gibt, steht ein politischer Entscheid an, den das Parlament fällen kann. Das Initiativkomitee hat also keinen Fehler gemacht. Hintergrund der Ablehnung sind vor allem auch finanzielle Fragen; der Bund müsste sich bei einer Annahme der Initiative finanziell beteiligen, wobei der Umfang der Beteiligung in einem Rahmengesetz bestimmt werden müsste. Dazu eine Kennzahl: Der Bund

engagiert sich aktuell mit 0.5 % seines Budgets von insgesamt 62 Milliarden Franken für die Kultur.

Ein mehrmals angeführtes Gegenargument im Ständerat war auch, dass Kantonen mit einem gut funktionierenden musikalischen Bildungsangebot keine Vorschriften gemacht werden sollten. Basel-Stadt hat ein sehr gut ausgebauten Angebot in diesem Bereich – glauben Sie, dass bei einer Annahme der Initiative die Institutionen Ihres Kantons plötzlich zahlreiche zusätzliche Bundesauflagen erfüllen müssten?

Nein, überhaupt nicht. Für jene Kantone, die bereits heute über ein gutes Angebot verfügen, besteht sogar eine Chance, dass sie vom Bund eine gewisse Abgeltung erhalten. Wichtig ist die Initiative vor allem für diejenigen Kantone, die über ein solches Angebot eben nicht verfügen. Es ist einfach eine Tatsache, dass viele Kantone sich im Bereich der Schule zu wenig für die Musik engagieren und sogar häufig ihre Sparmassnahmen in den Schulen bei den musischen Fächern umsetzen.

Glauben Sie, dass die Kernanliegen der Initiative trotz allem noch eine gute Chance haben, durchs Parlament zu kommen? Wird der Nationalrat auf den Gegenentwurf des Ständerates eintreten?

Der Ständerat hat einen Gegenvorschlag verabschiedet, welcher eher den Bereich «Musikausbildung für alle» betrifft und weniger den Musikunterricht an den Schulen. Meiner Einschätzung nach hatte der Ständerat nicht den Mut, wie zuvor der Bundesrat einfach nein zu sagen. Die Ratsmitglieder wussten eben auch, dass die Initiative etwas kosten wird. In Anbetracht der deutlichen Zustimmung zur Initiative in der Bildungskommission des Nationalrats und im Nationalrat kann ich mir gut vorstellen, dass der Nationalrat auf den Gegenvorschlag des Ständerates nicht eintritt.

Wie würde es in diesem Fall weitergehen?

Wenn die Differenz zwischen National- und Ständerat bestehen bleibt, muss eine Einigungskonferenz stattfinden. Diese setzt sich aus je 13 Mitgliedern des National- und Ständerates zusammen. Es gibt dann zwei Möglichkeiten. Man einigt sich entweder auf einen Kompromiss, was ich nicht erwarte, oder es setzt sich eine Mehrheit mit einer Lösung durch. Die Chancen, dass die Seite des Nationalrates sich durchsetzen wird, stehen gut, es könnte rechnerisch jedenfalls reichen. Ich bin deshalb zuversichtlich, dass die Musikinitiative gute Chancen hat, auch wegen ihrer Popularität in der Bevölkerung.

Gibt es etwas, was Sie dem Initiativkomitee für das weitere Vorgehen raten würden?

Bis zu einer Einigungskonferenz: Abwarten und Teetrinken (lacht). Die Meinungen sind jetzt gemacht, man kann sich auf den Abstimmungskampf vorbereiten.

Frau Fetzi, besten Dank für dieses Gespräch.

Kommentar

Jugend ohne Musik?!

Schweden hat nicht nur ABBA, sondern auch eine breite Musikproduktion. Weltweit steht Schweden nach den USA und Grossbritannien an dritter Stelle der Musikexporteure. Vergleicht man das Exportvolumen mit der Bevölkerungszahl, so ist Schweden Weltmeister. Wie kommt es, dass ein Land, das nur rund ein Viertel mehr Einwohner als die Schweiz hat, ein so hervorragender Nährboden für Musik bietet? Zum einen werden Kinder bereits früh und umfassend für Musik sensibilisiert. Im Gegensatz zur Schweiz gehört in Schweden der Musikunterricht zu den «normalen» Fächern. Zum anderen verfügt Schweden global gesehen über die meisten Chöre.

Wie sieht die Situation in der Schweiz aus? Eine Studie des Bundes zeigt klar auf: schlecht. An öffentlichen Schulen wird der Musikunterricht seit jeher stiefmütterlich behandelt, nun auch massiv zurückgestutzt – die neuen Lehrpläne lassen nichts Gutes erahnen. Musikunterricht verkommt zum geduldeten Nischenprodukt, das man zwar mitschleppt, aber am liebsten ausblenden würde. Wer sich heute die Kulturtechnik Musik aneignen will, muss dies privat finanzieren. Ein Blick auf die Preise des privaten Musikunterrichts zeigt: Der Musikunterricht steht nur einer wirtschaftlichen «Elite» offen. Der Grossteil unserer Kinder und Jugendlichen ist davon ausgeschlossen.

Im Rahmen der Debatten um die Initiative «Jugend + Musik» wird vor allem von Seiten der Kantone das Gespenst der «Staatskultur» bemüht. Es ist paradox zu behaupten, Musikförderung durch den Bund sei Staatskultur, die Nichtförderung der musikalischen Bildung durch die Kantone ein fundamentaler

Akt föderalistischen Handelns. Dies mutet umso bizarrer an, als der Bund bereits seit Jahrzehnten für die sportliche Ausbildung der Jugend sorgt. Es käme auch dem strammsten Armeeabschaffer nicht in den Sinn, Jugend und Sport in die Ecke der Kanonenfutterproduktion zu stellen.

Warum soll Musikbildung unterstützt werden? Es geht um das Erlernen einer Kulturtechnik, die zur Schärfung des Sinnesapparates beiträgt. Genauso wie dies Lesen, Schreiben und Rechnen tun. Talent mag angeboren sein – ohne die Aneignung von Kulturtechniken nützt es nichts. Deshalb braucht es einen Rahmen, der es allen Kindern ermöglicht, möglichst früh mit Kulturtechniken in Berührung zu kommen, unabhängig von Herkunft und wirtschaftlicher Ausstattung.

Was können wir tun, damit es in der Schweiz besser wird um die musikalische Bildung? Die Initiative «Jugend + Musik» weist den Weg. Gibt es einen Grund, warum das, was heute im Sport üblich ist, nicht auch für die Musik gelten soll? Wenn wir ehrlich sind: Nein. Der Ständerat hat einen Gegenvorschlag zur Initiative verabschiedet. Bei genauerer Betrachtung stellt er sich als eine Mogelpackung heraus. Es ist zu hoffen, dass diesem Gegenvorschlag das gleiche Schicksal zuteil wird wie damals Napoleon, der seine grösste Niederlage erfuhr – beziehungsweise ABBA, die ihren internationalen Siegszug antraten: «Waterloo».

Auf dass die Initiative zur Abstimmung gelangt. Dies sind wir unserer Jugend schuldig.

Andrea F. G. Raschèr

www.rascherconsulting.com